



Auskreisung Reutlingens dient nicht dem Gemeinwohl

Die Grün-Alternative Liste Pfullingen hat folgenden **Beschluss** gefasst:

- 1. Die Bestrebungen der Stadt Reutlingen, den Landkreis Reutlingen zu verlassen und kreisfreie Stadt zu werden (*Gründung eines Stadtkreises*) lehnen wir ab.**
- 2. Für uns ist nicht ersichtlich, worin eine Steigerung des Gemeinwohls in gesamten heutigen Kreisgebiet liegen würde.** Insbesondere erkennen wir kein solches Gemeinwohlinteresse für Landkreisgemeinden wie die Stadt Pfullingen. Im Gegenteil befürchten wir gerade für unsere Gemeindemitglieder Nachteile durch das Zerschlagen bewährter Strukturen und Abläufe.
- 3. Die Akteure in den Kommunalverwaltungen auf Kreisebene und in den Städten und Gemeinden benötigen alle verfügbaren Ressourcen für die Bewältigung drängender aktueller Aufgaben.** Die personal- und zeitintensive Prüfung und Bewertung der Auskreisungsbemühungen, die derzeit nicht nur innerhalb der Stadtverwaltung Reutlingen sondern auch innerhalb der Kreisverwaltung stattfindet, frisst unnötig Zeit und Geld.
- 4. Wir fordern die VertreterInnen der Kreisgemeinden - kommunale MandatsträgerInnen wie BürgermeisterInnen - auf, sich klar gegen die Auskreisungsbemühungen auszusprechen.** Den Mitgliedern des Landtages, die letztlich über den Antrag der Stadt Reutlingen befinden werden, soll signalisiert werden, dass das Gemeinwohl des "Restlandkreises" nicht gesteigert würde - im Gegenteil.
- 5. Der Wunsch der Großstadt Reutlingen nach möglichst weitgehendem Handlungsspielraum ist im Grundsatz legitim. Über eine größere Autonomie der Stadt Reutlingen in Einzelfragen kann und soll weiterhin gesprochen werden.**

Begründung:

Zu 1: Als Grün-Alternative Liste Pfullingen gestalten wir die Kommunalpolitik in unserer Heimatstadt und im Landkreis mit. Dabei sind uns auch gute Beziehungen zu den Nachbargemeinden wichtig. Die Ankündigung der Stadt Reutlingen, sich aus der bewährten Zusammenarbeit im Landkreis Reutlingen lösen zu wollen, kam für uns wie für alle KommunalpolitikerInnen in den Kreisgemeinden völlig überraschend. Wir bedauern diesen Entschluss und können ihn inhaltlich nicht nachvollziehen.

Zu 2: Die Stadt Reutlingen hat einen mit Zahlen unterfütterten Bericht vorgelegt, mit dem sie ihren Auskreisungsantrag inhaltlich begründet. Dabei hat die Stadtverwaltung Reutlingens jedoch vor allem die (insbesondere finanziellen) Vorteile einer Stadtkreisgründung dargelegt. Eine objektive Darstellung, die auch die Interessen der umliegenden Gemeinden ausreichend würdigt, blieb bisher aus. Zwar wurde ebenfalls festgestellt, der sich ergebende „Rest-Landkreis“ sei alleine überlebensfähig. Worin in einer puren Überlebensfähigkeit eine Steigerung des Gemeinwohls liegen soll, bleibt in der Debatte allerdings bisher unklar. Der Maßstab, den der Landtag bei seiner Entscheidung über den Auskreisungsantrag der Stadt Reutlingen anzulegen hat, ist das Gemeinwohl der gesamten Bevölkerung im heutigen Landkreises - dieses scheint uns zu wenig berücksichtigt.

Die Nachteile, die sich durch eine Auskreisung und den damit verbundenen Veränderungs- und Neustrukturierungsbedarf ergeben, wurden im Bericht nicht ausreichend gewürdigt. Viele drängende Fragen sind völlig ungeklärt, beispielsweise wie mit den Anteilen an Kreiskliniken, Berufsschulen und Kreissparkasse umzugehen ist, die der Landkreis hält. Dabei geht es um Millionensummen, die bisher gemeinsam und solidarisch in Schulen und Kliniken investiert wurden. Gerade vor dem Hintergrund, dass sich nur einer der drei Standorte der Kreiskliniken im Stadtgebiet Reutlingen befindet, erleben wir diese ungeklärten Fragen als hoch brisant.

Zu 3: In vielen Aufgabenbereichen ist die Zusammenarbeit gerade zwischen Reutlingen und seinen Nachbargemeinden unabdingbar. Als Beispiel seien nur die Regionalstadtbahn, der Flughafenschnellbus Expresso und die Förderung des Biosphärengebiets genannt. Keine dieser Aufgaben kann von Reutlingen als Stadtkreis in Eigenregie übernommen werden. Wir befürchten im Falle einer Auskreisung Reutlingens eine Zunahme an Konflikten finanzieller und politisch-inhaltlicher Art. Die ausgleichende Funktion, die ein Landkreis ja auch dem Verfassungsgeber nach haben soll, wäre nicht mehr gegeben. Wie schädlich für die Region Kommunalpolitik aussehen kann, wenn die Kreisgemeinden nicht mehr miteinander, sondern gegeneinander arbeiten, kann man bereits an der Auseinandersetzung über die Erweiterungspläne der Holy AG in Metzingen erkennen. Daher muss dringend wieder das Verbindende und die Stärke der gesamten Region in den Mittelpunkt gerückt werden. Schon allein die Ankündigung des Auskreisungsantrags hat viele irritiert und vor den Kopf gestoßen. Bereits die Vorbereitung der Auskreisung bindet Ressourcen die wir alle dringend in anderen Bereichen einsetzen wollen - in der Flüchtlingsunterbringung, beim Klimaschutz und bei der Verkehrswende.

Zu 4: Entscheidungsorgan bezüglich einer Stadtkreisgründung ist der Landtag. Da er seine demokratische Legitimation durch die kommende Landtagswahl erhalten wird, darf das Thema zumindest in den Wahlkreisen 60 und 61 im Vorfeld der Wahl nicht ausgeblendet werden. Es muss unserem demokratischen Grundverständnis entsprechen, die Auskreisungsfrage nicht aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten, sondern sie dort hineinzutragen. Dies gerade auch deshalb, weil eine Positionierung der KandidatInnen sich nicht zwingend aus der Parteizugehörigkeit ergibt. Daher melden wir selbst uns nun hörbar zu Wort und rufen auch andere FunktionsträgerInnen auf, sich zu Wort zu melden. Bisher nämlich konnte der Eindruck entstehen, als ginge es um eine Auseinandersetzung, die zwischen der Reutlinger Oberbürgermeisterin und dem Landrat entschieden wird. Kleinere Gemeinden und selbst der Kreistag haben formal keine Gelegenheit erhalten, sich beschließend zu äußern. Wir wollen mit unserem Beschluss daher deutlich machen, dass auch andere Stimmen zu berücksichtigen sind. Wir sind der Meinung, dass es Wichtigeres gibt, als sich über die Auskreisung zu streiten. Wir befürchten allerdings, der kräftezehrende Streit über dieses Thema wird weitergehen. Daher bauen wir vor und melden uns mit einer klaren Position zu Wort.

Zu 5: Insbesondere bei Fragen der kommunalen Sozialpolitik, der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe kann eine stärkere Delegation von Aufgaben an die Stadt Reutlingen durchaus sinnvoll sein, soweit sie gesetzlich zulässig ist. Für Veränderungen in diesem Bereich sind wir als GAL im Grundsatz offen. Veränderungsbedarf in einzelnen kommunalpolitischen Handlungsfeldern rechtfertigt jedoch keinesfalls das Ende des Landkreises in seiner heutigen Form.

Paul Sigloch (Sprecher der GAL Pfullingen)

Tel. 0176-63850208

Mail: paul.sigloch@gal-pfullingen.de

Michael Hagel (ehemaliger Kreis- und Gemeinderat)

Tel. 0151-11253316

Mail: mail@michael-hagel.de